

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Korinna Schumann,

Genossinnen und Genossen

betreffend **Österreich braucht ein echtes Preissenkungspaket statt Einmalzahlungen, die verpuffen bevor sie bei den Menschen ankommen**

eingbracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 23. Juni 2022 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Kommunalsteuergesetz 1993, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Nationale Emissionszertifikatehandelsgesetz 2022, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das COVID-19-Gesetz-Armut, das Pensionsgesetz 1965 und das Bundesbahn-Pensionsgesetz geändert werden sowie das Bundesgesetz über einen Ausgleich inflationsbedingt hoher Lebenshaltungs- und Wohnkosten (Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz – LWA-G) und das Bundesgesetz über den Teuerungsausgleich für Bezieherinnen und Bezieher von Förderungen nach dem Studienförderungsgesetz erlassen werden (Teuerungs-Entlastungspaket) (2662/A).

Das Anti-Teuerungspaket der Bundesregierung ist eine klare Themenverfehlung. Einmalzahlungen sind bei permanent hohen Inflationsraten keine adäquate Antwort für die Menschen in Österreich.

Das Paket der Regierung senkt keinen einzigen Preis. Die Mieten bleiben hoch oder steigen weiter, die Energiepreise bleiben hoch oder steigen weiter, die Lebensmittelpreise werden definitiv weiter steigen. Selbst die kleinsten, strukturellen Maßnahmen, die nachhaltig und dauerhaft wirken könnten, etwa eine Erhöhung des Kilometergeldes beispielsweise für mobile PflegerInnen am Land werden von der Regierung nicht angegangen.

Einstweilen schaut die Regierung dabei zu, wie es großen Energiekonzernen auf Kosten der Menschen in Österreich Milliarden in die Kassen spült. Dabei geht es keineswegs nur um die Stromversorger. Die großen Mineralölkonzerne konnten im ersten Quartal 2022 ihre Gewinne verdoppeln. In Österreich werden alleine der Verbund und die OMV im laufenden Jahr

Übergewinne in der Höhe von 4 bis 6 Milliarden Euro machen. Dabei sind die Gewinne von anderen großen Unternehmen, die ebenfalls am österreichischen Markt tätig sind, noch gar nicht berücksichtigt.

Nachdem diese Krise viele andere Länder in Europa genauso trifft, macht der Vergleich sicher:

Andere Länder deckeln die Energiepreise, etwa bei Strom oder an den Tankstellen, senken die betreffenden Steuern auf Energie und Lebensmittel und schöpfen die Übergewinne der großen Energiekonzerne ab, um das Geld an die Bevölkerung zurückzugeben. Die österreichische Bundesregierung „beobachtet“ stattdessen – das neue Lieblingswort der Regierung. Sie beobachtet, wie große Energiekonzerne Übergewinne in Milliardenhöhe machen, während sich 35% der Haushalte mit ihrem Einkommen die laufenden Konsumausgaben – also etwa den täglichen Einkauf – nicht mehr leisten können und die Inflation völlig ungehindert weiter steigt.

Andere Länder in Europa zeigen, wie es gehen könnte. Die Bekämpfung der Inflation und das Schnüren eines echten Maßnahmenpakets gegen die Teuerung scheitert also nicht an den Möglichkeiten, es scheitert am politischen Willen und am offensichtlichen Unvermögen der handelnden Personen in der Bundesregierung.

Die Einmalzahlungen des Regierungspakets verpuffen, ehe sie am Konto der Menschen ankommen. Es braucht ein echtes Preissenkungspaket und zwar sofort.

Die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat sowie dem Bundesrat umgehend ein Maßnahmenpaket zuzuleiten, welches die Preise nachhaltig senkt und für die Zeit der Teuerungskrise - statt Einmalzahlungen – dauerhafte Hilfe für die Menschen in Österreich garantiert. Zu diesen Maßnahmen zählen insbesondere:

- 1. Die Rücknahme der Erhöhung der Richtwert- und Kategoriemieten und Einfrieren dieser Mieten bis ins Jahr 2025*
- 2. Die – für die Zeit der Krise befristete – Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Strom, Gas, Sprit und Lebensmittel des täglichen Bedarfs, begleitet von einer umfassenden Preiskontrolle mit harten Sanktionen*
- 3. Einen Preisdeckel für Energie (z.B.: für Strom und Spritpreise) nach dem Vorbild anderer EU-Länder wie Frankreich, Portugal, Spanien, Slowenien oder Kroatien*
- 4. Eine vorgezogene Pensions- und Pflegegeldanpassung um 6 Prozent ab Juli 2022*
- 5. Eine sofortige Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des Letzteinkommens und die Verdreifachung des Familienzuschlages*
- 6. Eine Abschöpfung der Übergewinne von Energiekonzernen nach dem Vorbild anderer EU-Länder und dem Vorschlag der EU-Kommission zur Finanzierung der Anti-Teuerungsmaßnahme sowie der Energiewende.“*


(Andrea Kahofer)

(Ingo Appè)


(CSCHUMANN)

